



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Riedlingen, 27.9.2010

An die Mitglieder des
Gemeinderates der
Stadt Riedlingen

**Planfeststellungsverfahren zur Beseitigung der Bahnübergänge im Zuge
der Hindenburgstraße und des Gemeindeverbindungsweges Eichenau sowie zur
Herstellung von Bahnüberführungen und geänderten und neuen Straßen und
Wegen in Riedlingen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

über die Bewertung des Erörterungstermines vom 27. Juli zu o. b. Verfahren scheint es sehr unterschiedliche Sichtweisen zwischen Bürgermeister und Einwendern zu geben. Wir möchten Ihnen hiermit einige Punkte vermitteln:

1. Beim Erörterungstermin wurde festgelegt, dass die Stadt Riedlingen eine Neuberechnung der Verkehrsmengen auf Basis einer reduzierten Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbeflächen incl. eines Zusatzszenarios „Nullwachstum“ anfertigen lassen muss. Damit soll gewährleistet werden, dass die Entscheidung des Regierungspräsidiums über Zulassung oder Ablehnung des Antrags der Stadt nicht auf überhöhten Prognosezahlen betr. Verkehrsbelastung, Einwohnerzahlen und Arbeitsplätzen beruht.
2. Es wurde insbesondere von unseren Verbänden deutlich moniert, dass zur Beurteilung der Planung eigentlich ein umfassendes, auf heutigen Erkenntnissen basierendes Verkehrskonzept erarbeitet werden müsste.
3. Im Erörterungstermin wurde deutlich, dass Alternativen zur vorliegenden Planung nicht ernsthaft geprüft, nicht ernsthaft weiterverfolgt, unnötig verteuert oder Prüfungen zumindest nicht ausreichend dokumentiert wurden. Denn tatsächlich sind zur Aufhebung der genannten Bahnübergänge mehrere Querungen denkbar, die zumindest eine deutliche Verkürzung der neu zu bauenden Abschnitte und somit mit

großer Wahrscheinlichkeit auch eine m. o. w. deutliche Reduktion von Kosten und Umweltbelastungen mit sich bringen würden. Beispiele:

- a. Es wurde offensichtlich dem Umstand, dass mit bestimmten Grundstückseigentümern aufs Erste kein Einvernehmen über die Inanspruchnahme von Grundstücken herzustellen war, ein höheres Gewicht beigemessen als der Inanspruchnahme eines ausgewiesenen Überschwemmungsgebietes und der Versiegelung von Boden.
 - b. Es wurde offenbar nicht angedacht, den ZOB so umzubauen, dass
 - i. die Beeinträchtigungen für Busse bei Durchführung des Verkehrs von der verlängerten Hindenburgstraße minimiert werden
 - ii. durch die Anlage von K&R- sowie P&R-Plätzen auf der Ostseite des Bahnhofes die Situation betr. Zu- und Abfahrten sowie Parkplätzen deutlich entschärft werden kann.
 - c. Die Alternative, die Hindenburgstraße nur mit einem ganz kleinen Bogen über die Bahn zu führen, wurde immer wieder mit der Wiederöffnung der Buchauer Straße verknüpft, obwohl das eine mit dem anderen nichts zu tun hat.
 - d. Die Möglichkeit, im Rahmen einer Sanierungsmaßnahme den gesamten Bereich zwischen Bahngleisen und B 311 südöstlich des Bahnhofes neu zu gestalten und in diesem Zusammenhang eine sinnvolle Überbrückung der Bahn zu erreichen, scheint nicht geprüft worden zu sein.
4. Es wurden Zweifel geäußert, ob in der Variantenbetrachtung die Kosten für Grunderwerb und Schallschutz eingerechnet wurden.
 5. Es wurde darauf hingewiesen, dass sich der Kreistag des Landkreises Biberach aufgrund der geänderten Situation – Wegfall Bauabschnitt III der Kernstadtentlassungsstraße – nochmals mit der Finanzierung der Maßnahme auseinandersetzen wird.
 6. Die Finanzierbarkeit der Maßnahme wurde mit Blick auf die ernste Haushaltslage der Stadt Riedlingen während des Termins deutlich in Frage gestellt.
 7. Es wurde deutlich gemacht, dass das Regierungspräsidium die Genehmigungsfähigkeit des Projektes ohne Einbeziehung eines III. Bauabschnittes der KES sowie einer Ostumfahrung im Zuge der B 311 prüfen muss.

Aufgrund dieser zahlreichen Fragen und Hausaufgaben ist nach unserer Kenntnis nicht mit einer baldigen Entscheidung des Regierungspräsidiums zu rechnen. Ob überhaupt ein Planfeststellungsbeschluss ergeht oder das Regierungspräsidium zur Ansicht gelangt, dass die Planung zurückzuweisen ist, ist offen.

Wir können nur ein weiteres Mal betonen: Die städtische Planung ist völlig überzogen und in dieser Form abzulehnen. Beim Erörterungstermin ist offenkundiger denn je geworden, dass Alternativen nicht ausreichend geprüft wurden, weil immer noch die Idee, alle drei Bauabschnitte der KES zu realisieren, vorhanden zu sein scheint.

Mit freundlichen Grüßen

Für die NABU-Gruppe und die BUND-Gruppe Riedlingen
gez. Dr. Joachim Kieferle